



Niederschrift

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und
Integration
am 29.10.2019

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Gosemann, Andreas	Ratsmitglied
Leitterstorf, Sigrid	Ratsmitglied
Lienesch, Sascha	Ratsmitglied
Stefan, Anna	Ratsmitglied
Weber, Marga	sachkundige Bürgerin vertretend
Gemmel, Ralph	sachkundiger Bürger vertretend
Willenberg, Frank	Ratsmitglied vertretend

SPD-Fraktion

Bergmann-Gries, Jutta	Ratsmitglied
Bilgmann, Brigitte	Ratsmitglied
Kourkoulos, Jörg	Ratsmitglied
Bäsch, Sandra	Ratsmitglied vertretend
Richter, Michael	sachkundiger Bürger

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulenburg, Monika	Ratsmitglied
Roth, Ria	sachkundige Bürgerin vertretend

FDP-Fraktion

Willnecker, Carsten	sachkundiger Bürger
---------------------	---------------------

Fraktion AUFBRUCH!

Schmidt, Sabine	sachkundige Bürgerin
-----------------	----------------------

DIE LINKE. Fraktion

Bierschenk, Paul	sachkundiger Bürger vertretend
------------------	--------------------------------

Beratende Mitglieder

Ünal, Bilal	beratendes Mitglied vertretend
-------------	--------------------------------

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Heuser, Carla	sachkundige Bürgerin
Höhr, Daniel	sachkundiger Bürger
Krämer, Stefan	Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Gleimann, Katrin	sachkundige Bürgerin
------------------	----------------------

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haacke, Wolfgang	Ratsmitglied
------------------	--------------

DIE LINKE. Fraktion

Koculan, Krishna	Ratsmitglied
------------------	--------------

Beratende Mitglieder

Fachat, Leila	beratendes Mitglied
---------------	---------------------

Außerdem anwesend

Praschma-Spitzeck, Isabella	ehrenamtliche Behindertenbeauftragte
Wigand, Annette	ehrenamtliche Behindertenbeauftragte
RD' Koloniaris, Nike	Hauptdezernentin Dezernat 20 Unterbringung von Flüchtlingen-, Bezirksregierung Köln
Kansu, Sener	stellvertretender Einrichtungsleiter der ZUE Sankt Augustin

Seitens der Verwaltung

Doğan, Ali
Parpart, Jürgen
Tönnishoff, Susanne
Tielke, Peter

Protokollführer

Linka, Thomas

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Einführung und Verpflichtung sachkundiger Bürger
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 03.04.2019
4. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 03.04.2019 gefassten Beschlüsse
5. 19/0366 Tätigkeitsbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten
6. Bericht über die aktuelle Unterbringungssituation in der zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes NRW. Es berichtet Herr Kansu (stellvertretende Einrichtungsleitung) und Frau RD' Koloniaris (Bezirksregierung Köln)
7. Bericht über die aktuelle Unterbringungssituation in der Stadt Sankt Augustin sowie die im Leistungsbezug nach dem AsylbLG stehenden Flüchtlinge.
Mündlicher Bericht der Verwaltung
8. 19/0369 Zehnter Erfahrungsbericht bzgl. der zum 01.10.2009 in der Stadt Sankt Augustin eingeführten Ehrenamtskarte NRW
9. 19/0284 Vierter Sachstandsbericht bzgl. der Umsetzung der im kommunalen Aktionsplan Inklusion ausgesprochenen Handlungs-/Maßnahmenempfehlungen
10. 19/0285 Fortschreibung des kommunalen Aktionsplans Inklusion

11. 19/0286 Beibehaltung des Integrationsrates als Organisationsmodell nach § 27 GO NRW
12. 19/0287 Ergebnisbericht der Stabsstelle Integration und Sozialplanung anlässlich des einjährigen Bestehens
13. Anträge der Fraktionen
14. Anfragen und Mitteilungen
- 14.1. Anfragen
- 14.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	FB 4 WuU IuS
----------	--	--	-----------------------------

Herr Kourkoulos stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest. Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

2		Einführung und Verpflichtung sachkundiger Bürger	FB 4 BRB
----------	--	---	---------------------

Eine Einführung und Verpflichtung sachkundiger Bürger war nicht vorzunehmen.

3		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 03.04.2019	FB 4
----------	--	---	-------------

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

einstimmig

4		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 03.04.2019 gefassten Beschlüsse	FB 4
----------	--	---	-------------

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

5	19/0366	Tätigkeitsbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten	IuS
----------	----------------	---	------------

Herr Kourkoulos begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die ehrenamtliche Behindertenbeauftragte Frau Isabella Praschma-Spitzeck und ganz besonders Frau Annette Wigand als neue ehrenamtliche Behindertenbeauftragte.

Frau Praschma-Spitzeck verwies wegen der Kürze der Zeit und den noch anstehenden Tagesordnungspunkten in ihren kurzen Ausführungen auf den vorliegenden schriftlichen Tätigkeitsbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten und auf die diesbezügliche Vorlage der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt. Danach stellt sie den Anwesenden anheim, sofern näherer oder weiterer Informationsbedarf bestehe, ihre Fragen zu stellen.

Frau Bäsch, Frau Schulenburg, Herr Gosemann und Herr Willnecker dankten für ihre jeweiligen Fraktionen den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten für ihre geleistete Arbeit und begrüßten mit Dank die neue ehrenamtliche Behindertenbeauftragte. Die entsprechenden kurzen Verständnisanfragen zu dem Bericht konnten durch Frau Praschma-Spitzeck beantwortet werden.

Herr Kourkoulos sprach den beiden ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten seinen Dank aus und wünschte für die weitere Zusammenarbeit alles Gute.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

6		Bericht über die aktuelle Unterbringungssituation in der zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes NRW. Es berichtet Herr Kansu (stellvertretende Einrichtungsleitung) und Frau RD' Koloniaris (Bezirksregierung Köln)	WuU IuS
----------	--	--	--------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende Frau RD' Koloniaris, Hauptdezernentin im Dezernat 20 –Unterbringung von Flüchtlingen- bei der Bezirksregierung Köln als Vertreterin derselben und Herrn Kansu, stellvertretender Einrichtungsleiter der zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes NRW in Sankt Augustin und

übergab beiden das Wort.

Frau Koloniaris und Herrn Kansu stellten sich kurz persönlich vor und gaben darauf ihren Bericht über die aktuelle Unterbringungssituation in der ZUE ab.

Die ZUE Sankt Augustin in der ehemaligen Medienzentrale der Bundeswehr besteht seit 2015 und der Überlassungsvertrag läuft noch bis zum Jahr 2025. Sie bietet grundsätzlich Platz für 600 Personen, dieser kann jedoch bei Bedarf bis auf 900 Personen ausgeweitet werden. Ausnahmslos alle Flüchtlinge werden zunächst neben der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in einer der fünf Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes NRW registriert und medizinisch untersucht. In diesen stellen die Flüchtlinge auch ihren Asylantrag bevor sie in einer der 30 ZUE's des Landes untergebracht werden. Die entsprechende Verteilung erfolgt durch die Bezirksregierung Arnsberg. Sämtliche Einrichtungen, wie auch die in Sankt Augustin, seien zurzeit mit der Hälfte ihrer Platzkapazität belegt.

In Sankt Augustin seien in der Hauptsache Menschen aus dem Irak, Iran, Syrien und der Türkei aktuell untergebracht. Im geringeren Anteil leben auch Menschen aus Afghanistan in der ZUE. Aufgrund von Brandschäden in Einrichtungen in Bonn und Ratingen mussten seit kurzem auch Menschen aus Albanien nach Sankt Augustin verlegt werden.

Der jetzige Dienstleister ORS in der ZUE Sankt Augustin zeichnet sich als Betreiber der Einrichtung seit März 2019 für die Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich. Unter dieser Leitung können die Bewohner der Einrichtung an Aktivitäten wie Deutsch- und Sportkursen, Bastelangeboten, Workshops oder Ausflügen teilnehmen. Aufgrund der hohen Anzahl von Kindern in der Einrichtung würden diese in einem Kindergarten betreut. Ebenso ist eine Sanitätsstation mit qualifiziertem Krankenpflegepersonal vorhanden und die medizinische Versorgung erfolgt über externe Ärzte

Die Bewohner der Einrichtung können rund um die Uhr die Einrichtung verlassen und wieder zurückkehren. Es gebe keine Vorgaben, wann jemand „zu Hause“ sein müsse und die Einrichtung sei ja auch kein „Gefängnis“. Um die Akzeptanz der Einrichtung und ihrer Bewohner in ihrem Umfeld zu bewahren und zu fördern, gebe es einen Umfeldmanager, welcher jeden Nachbar kenne und auf seinen täglichen Runden den ständigen Kontakt zu den Anwohnern suche.

Nach dem wöchentlichen Lagebericht der Polizei muss diese in der Regel einmal pro Woche in der Einrichtung vorbeikommen, weil ein Problem vorliegt. Bei der derzeitigen Belegungszahl könne man davon ausgehen, dass sich das Leben in der Einrichtung gut entwickelt habe. Ob es zukünftig zu gehäuften Problemen kommen könne, vor allem wenn die Einrichtung mal stärker belegt werden müsste, könne natürlich nicht ausgeschlossen werden.

Um dieser möglichen Situation zuvorzukommen habe man in der Einrichtung ein Beschwerdemanagement eingerichtet und eine Videoüberwachung installiert. Dies sei zwar für die Bewohner eine besondere Situation, bringe aber, so zeige die Erfahrung, Ruhe in das Zusammenleben innerhalb der Einrichtung.

In der sich anschließend ergebenden Fragerunde der Ausschussmitglieder stellten diese zahlreiche Nachfragen, welche durch Frau Koloniaris und Herrn Kansu schwerpunktmäßig wie folgt beantwortet wurden.

Im Schnitt verblieben Asylbewerber rund sechs Monate in der Einrichtung. In dieser Zeit würde durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge -BAMF- versucht, über das Asylbegehren zu entscheiden. Wird in dieser Zeit über einen Asylantrag positiv entschieden, verteilt die Bezirksregierung Arnsberg den Asylbewerber auf eine Kommune zur weiteren Unterbringung. Wird das Begehren abgelehnt, kann der Asylbewerber gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen. Bis zu der Entscheidung über das Rechtsmittel würde der Asylbewerber nicht abgeschoben und verbliebe in der Einrichtung. Sofern sich das diesbezügliche Verfahren längere Zeit hinzieht, kann der Asylbewerber ebenfalls einer Kommune zur weiteren Unterbringung zugewiesen werden. Bei einer endgültigen Ablehnung würde versucht, durch eine diesbezügliche intensive Beratung, verbunden mit dem Angebot einer freiwilligen Rückkehr, gepaart mit einer Starthilfe vor Ort, den betreffenden Menschen dazu zu bewegen, in sein Heimatland zurückzukehren.

Mit Sorge vernahmen die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, dass die ZUE mit einer maximalen Auslastung von 900 Personen betrieben werden könne und hinterfragten in diesem Zusammenhang, ob dann noch in der Einrichtung ein „friedliches Miteinander“ erreichbar sei. Da eine solche Situation bisher nicht eingetreten und die Bezirksregierung Arnsberg bestrebt sei, alle Einrichtungen gleichbleibend zu belasten, könne man auf absehbare Zeit davon ausgehen, dass ein solches Szenario nicht eintreten werde.

Um einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der Nachbarschaft und der Einrichtungsleitung zu gewährleisten, sei auch ein „runder Tisch“ geschaffen worden, zu dem die Anwohner und deren Vertreter regelmäßig einmal pro Quartal eingeladen würden.

In der Einrichtung leben zurzeit ca. 25 Schulkinder. Für diese besteht jedoch keine Schulpflicht.

Herr Doğan führte hierzu ergänzend aus, dass die Stadt Sankt Augustin in Absprache mit der Kreisschulrätin ein neues Projekt gegründet habe, welches den Kindern die Möglichkeit eröffnen wird, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen. Hierzu werden mehrsprachige Informationsschreiben erstellt und in der ZUE verteilt. Sofern dann durch die Bewohner ein Interesse bekundet würde, werde durch die Schulverwaltung sichergestellt, dass die Kinder eine Schule der Stadt besuchen könnten. Die Kosten werden durch die Stadt getragen. Ein Kind gehe bereits in eine Grundschule und für weitere wurde bereits Interesse bekundet.

Diese Regelung wurde von den anwesenden Ausschussmitgliedern sehr positiv und mit Zuspruch aufgenommen.

Der Vorsitzende dankte im Namen der Ausschussmitglieder Frau Koloniaris und Herrn Kansu für Ihre Ausführungen und wünschte beiden weiterhin viel Erfolg.

zur Kenntnis genommen

7		Bericht über die aktuelle Unterbringungssituation in der Stadt Sankt Augustin sowie die im Leistungsbezug nach dem AsylbLG stehenden Flüchtlinge. Mündlicher Bericht der Verwaltung	WuU
----------	--	--	------------

Wie zugesagt, erfolgt zu jeder Sitzung des Ausschusses ein aktueller Bericht über die Unterbringungssituation der Flüchtlinge und sonstigen untergebrachten Personen in Sankt Augustin in der zugesagten Form. Die als Tischvorlage ausgelegte Übersicht ist als Anlage 1 beigefügt.

Herr Tielke erläuterte den vorliegenden Bericht und beantwortete anschließend die näheren Verständnisfragen aus dem Kreise der Ausschussmitglieder.

zur Kenntnis genommen

8	19/0369	Zehnter Erfahrungsbericht bzgl. der zum 01.10.2009 in der Stadt Sankt Augustin eingeführten Ehrenamtskarte NRW	FB 4
----------	----------------	---	-------------

Herr Parpart stellte den vorliegenden Erfahrungsbericht nochmals kurz mündlich vor.

Die Ausschussmitglieder nahmen wohlwollend zur Kenntnis, dass die Ehrenamtskarte mittlerweile verstärkt und beständig nachgefragt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

9	19/0284	Vierter Sachstandsbericht bzgl. der Umsetzung der im kommunalen Aktionsplan Inklusion ausgesprochenen Handlungs-/Maßnahmenempfehlungen	IuS
----------	----------------	---	------------

Frau Tönnishoff stellte den vorliegenden Sachstandsbericht zu diesem Tagesordnungspunkt nochmals mündlich dar, erläuterte das neue Layout und berichtete über die im zurückliegenden Jahr angegangenen Arbeiten und Ergebnisse.

Von den Ausschussmitgliedern wurde der vorliegende Sachstandsbericht 2019 mit ausgiebigen Lob, vor allem für das neue Layout und der Annahme bzw. Umsetzung der „leisen Kritik“ am Sachstandsbericht 2018, zur Kenntnis genommen. Nicht unerwähnt blieb, dass man sehr zufrieden damit sei, dass der Aktionsplan nunmehr „Fahrt aufnehmen“ würde.

Die gestellten Verständnis- und Erläuterungsfragen wurden durch Herrn Doğan und Frau Tönnishoff beantwortet.

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den vierten Sachstandsbericht bzgl. der Umsetzung der im kommunalen Aktionsplan Inklusion ausgesprochenen Handlungs-/Maßnahmenempfehlungen zur Kenntnis.
- 2) Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration beschließt, den fünften Sachstandsberichts aufgrund der geplanten Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion auszusetzen.

einstimmig

10	19/0285	Fortschreibung des kommunalen Aktionsplans Inklusion	IuS
-----------	----------------	---	------------

Herr Kourkoulos führte zu Beginn aus, dass es in der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt in der schriftlichen Version zu einem Fehler gekommen sei. Unter der Überschrift der Beratungsfolge fehle der Rat mit seinem Sitzungstermin am 06.11.2019 mit der Behandlung als öffentliche Entscheidung. Dieser Fehler sei insoweit ohne Folgen, da dieser Tagesordnungspunkt Bestandteil der Einladung des Rates zu seiner kommenden Sitzung am 06.11.2019 sei.

Frau Tönnishoff erläuterte den Tagesordnungspunkt und die dazugehörige Vorlage mit dem entsprechenden Beschlussvorschlag.

Herr Lienesch bedankte sich für die Ausführungen und schlug im Namen der CDU-Fraktion folgende Ergänzung zu dem Beschlussvorschlag unter Ziffer 2 vor:

„Die Verwaltung schlägt ergänzend eine Form der Beteiligung der Politik im Erstellungsprozess vor. Eine Lenkungsgruppe wie im Prozess der Erstellung könnte hier wieder eine geeignete Lösung sein.“

Nach weiteren näheren Erläuterungen durch Herr Doğan und Frau Tönnishoff und einer kurzen Diskussion nahm der Ausschuss den Beschlussvorschlag mit der vorgeschlagenen Ergänzung unter Ziffer 2 wie folgt an:

„Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin nimmt die Empfehlung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration zur Kenntnis und stimmt der Fortschreibung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion der Stadt Sankt Augustin zu.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, durch die dezernats- und fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe Inklusion ein Konzept für die Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion zu erarbeiten. Der Unterstützungsbedarf (Umfang und Kosten) durch ein fachlich und personell geeignetes externes Unternehmen soll geprüft werden. Die Verwaltung schlägt ergänzend eine Form der Beteiligung der Politik im Erstellungsprozess vor. Eine Lenkungsgruppe wie im Prozess der Erstellung könnte hier wieder eine geeignete Lösung sein.
3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin stellt die erforderlichen Mittel für die Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion nach Angebotsheranziehung und Verabschiedung des finalen Konzeptes bereit.“

Einstimmig Ja

11	19/0286	Beibehaltung des Integrationsrates als Organisationsmodell nach § 27 GO NRW	IuS FD 1/30
-----------	----------------	--	------------------------

Herr Doğan erläuterte kurz die Beibehaltung des Integrationsrates als Organisationsmodell nach § 27 GO NRW und den in seiner Sitzung am 08.10.2019 diesbezüglich gefassten Beschluss des Integrationsrates.

In der sich anschließenden kurzen Aussprache wurde aus der Mitte der Ausschussmitglieder die Bitte vorgetragen, ob die Möglichkeit bestehe, in der Geschäftsordnung des Integrationsrates die Vertreterregelung der Fraktionen insoweit abzuändern, als dass die derzeitige Regelung der persönlichen Vertretung in eine Vertreterliste umgewandelt würde. Diese Möglichkeit würde eine flexiblere Vertretung eröffnen.

Herr Doğan sagte zu, die Möglichkeit zeitnah zu prüfen.

Herr Parpart regte hierzu ergänzend an, dass man in diesem Zusammenhang dann auch den Vertretern des Integrationsrates in den Fachausschüssen eine solche Vertreterregelung zugestehen solle, da auch dann flexiblere Vertretungen möglich wären.

Die Ausschussmitglieder signalisierten zu diesen beiden Möglichkeiten einvernehmlich ihre Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin spricht sich dafür aus, im Rahmen der Kommunalwahlen 2020 die bisherige Organisationsform eines Integrationsrates als Vertretungsorgan der in Sankt Augustin lebenden Menschen mit Migrationshintergrund beizubehalten.

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den Vorschlag zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

12	19/0287	Ergebnisbericht der Stabsstelle Integration und Sozialplanung anlässlich des einjährigen Bestehens	luS
----	---------	---	-----

Frau Tönnishoff stellte den Bericht kurz vor.

Von Seiten der Ausschussmitglieder wurde der Bericht mit außerordentlichem Dank sehr positiv aufgenommen und einzelne Verständnisfragen wurden umfassend beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration nimmt den Jahresbericht der Stabsstelle Integration und Sozialplanung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

13		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

Zur Sitzung lagen keine Anträge der Fraktionen vor.

14		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

14.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

Zur Sitzung lagen keine Anfragen der Fraktionen vor.

14.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Herr Doğan informierte in einer kurzen Übersicht über das weitere Vorgehen in der Thematik „Beispiel Ehrenamt“, dessen zeitlichem und inhaltlichen Ablauf und stellte die voraussichtliche Zeitschiene der Konzepterstellung, Beteiligung der Fraktionen und evtl. Zeitpunkt des ersten „Festes“ im neuen Format vor.

Sankt Augustin, den 11.02.2020

Thomas Linka
Protokollführer

Jörg Kourkoulos
Ausschussvorsitzende/r

Gesehen:

Klaus Schumacher
Bürgermeister